



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Bau
am 12. März 2024
Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

Vorsitz :

Christa Gabriel (SPD)

Anwesende Ausschussmitglieder:

siehe Anlage 1

Ferner anwesend:

siehe Anlage 2

Tagesordnung:

siehe Anlage 3

Veröffentlichung:

siehe Anlage 4

Beginn (öffentlicher Teil): 17:06 Uhr

Ende: 19:04 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenlisten zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten (DL Nrn. 08/24, 09/24)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 88 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt die Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Öffentliche Sitzung

Stv. Offermanns vertreten durch Stv. Seldenreich

Die Niederschrift erfolgt in der Reihenfolge der Einladung zur Sitzung.

Tagesordnung I

0012 Tagesordnung

Der Tagesordnung wird unter Berücksichtigung folgender Änderung zugestimmt:

Es werden die folgenden Tagesordnungspunkte der Tagesordnung II umgesetzt auf die Tagesordnung I:

4/II Neugestaltung (Grünfläche) Elsässer Platz (24-V-67-0001);
auf Antrag Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt, inkl. Begleitantrag

5/II Kinderspielplatz Herbert- und Reisinger-Anlagen (24-V-67-0002);
auf Antrag CDU

Im Übrigen bleibt die Tagesordnung unverändert.

Einstimmig

0013 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Bau am 30.01.2024

Einstimmig **genehmigt**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0014 24-F-69-0007

Repräsentative Stadteingänge

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 24.01.2024 -
- Beschluss Nr. 0003 des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Bau am 30.01.2024 -

Protokollnotiz:

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind Frau Elberfeld, Herr Becker und Herr Strobach vom Stadtplanungsamt anwesend.

Frau Elberfeld präsentiert den Ausschussmitgliedern den aktuellen Sachstand der Umsetzung zur Gestaltung und Entwicklung der Wiesbadener Stadteingänge. Diese ergeben sich aus der Studie zum Gestaltungskonzept für die Stadteingänge Wiesbadens aus dem Jahre 2012.

Ferner wird bei den einzelnen Aktionsräumen und die Stadteingängen auf eine eventuell erforderliche Aktualisierung der Konzepte eingegangen.

Im Anschluss erfolgen Fragen von Stv. Jacobs zur zeitlichen Koordinierung der Hinterlegung von Maßnahmen in den städtischen Haushalt sowie zu Überlegungen einer Taskforce, um lang- und kurzfristige Projekte auf langer Sicht parallel zu planen.

Stv. Hill bittet bei den Planungen im Bereich der Eisenbahnbrücke auf der Schiersteiner Straße einen Platz für die Haltestelle der Aartalbahn zu berücksichtigen.

Der Antrag ist durch die Präsentation des Stadtplanungsamtes erledigt (einstimmig)

0015 24-F-63-0020

Vorkaufsrechtssatzungen für eine wirksame Stadtentwicklung aktualisieren

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 06.03.2024 -

Die FDP beantragt eine getrennte Abstimmung der Beschlusspunkte

Ziffer 1 - einstimmig

Ziffer 2 - gegen FDP

Ziffer 3 - gegen FDP

somit wird der Antrag in Gänze **angenommen**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0016 24-F-69-0020

Sachstand Regionalplan Südhessen
- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 06.03.2024 -

Protokollnotiz:

Oberbürgermeister Mende leitet ein, dass die Stadt ein großes Interesse daran habe, dass der Regional- und der Flächennutzungsplan aufeinander abgestimmt sind.

Zur Zeit liege noch kein beschlossener Plan, sondern ein öffentlicher Verwaltungsentwurf vor. Man werde sich im weiteren Verfahren in der Regionalversammlung für die Wiesbadener Interessen einsetzen.

Herr Strobach vom Stadtplanungsamt ist hierzu anwesend und berichtet zu den Inhalten des Entwurfs zum Regionalplan Südhessen.

Als Vorrangflächen Siedlungen sind 210 Hektar, als Industrie und Gewerbe 75 Hektar enthalten. Die wesentlichen Großprojekte der der LHW, Ostfeld und Perspektivfläche West, sind im Entwurf berücksichtigt worden. Weitere Flächenpotentiale aus der Flächennutzungsplanung sind nicht vorgesehen.

Nach dem sog. Gegenstromprinzip erfolgt im weiteren Schritt die Beteiligung, in Form von zwei Anhörungen der Kommunen, um die Interessen aufeinander abzustimmen. Die Stadt werde zuvor eine Stellungnahme vorbereiten, die auch den Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt wird.

Auf Nachfrage von Stv. Forßbohm, warum die Großprojekte nicht als Vorrangflächen Klima ausgewiesen wurden, erläutert Herr Strobach, dass es sich hierbei um eine Überlagerung im Plan handelt. Im Rahmen der Anhörungen muss ein klares Bild geschaffen werden und die Regionalversammlung entscheidet, an welcher Stelle sie ein aus einem Vorranggebiet ein Vorbehaltsgebiet für besondere Klimafunktionen beschließt. Bei Letzterem ist eine Abwägung zugänglich und die Bauleitplanung nicht von vornerein ausgeschlossen.

Stv. Dr. Uebersohn fragt, inwieweit sich der Siedlungsdruck von Außen auf die verkehrlichen und klimatischen Umstände auswirke und ob angesichts der großen vorgesehen Gewerbeflächen die Innenstadt weiter an Attraktivität verlieren könnte.

Stv. Jacobs fragt, ob die Vernachlässigung der kleinen Gebiete aus dem Flächennutzungsplan im Entwurf für Wiesbaden problematisch werden könnte. Ferner könnte es einen Interessenkonflikt hinsichtlich der kalkulierten Flächen für Baubedarfe geben, bei denen eine politische Realisierbarkeit noch ungewiss ist.

Er bittet die Verwaltung im Zuge des Gegenstromprinzips, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Bau eng in das weitere Verfahren miteingebunden wird und die Stellungnahme engmaschig begleitet.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Seitens des Regierungspräsidiums habe die Verwaltung das Signal erhalten, dass sich die Beschlussfassung des Entwurfs und die Anhörungen sich in das nächste Halbjahr verschieben werden. Man stehe dabei in engen Kontakt und werde regelmäßig den aktuellen Sachstand erfragen, um eine Stellungnahme vorzubereiten.

Der Antrag ist durch die Zusage des Magistrats, bei neuen Entwicklungen dem Ausschuss zu berichten, **durch Aussprache erledigt** (einstimmig)

0017 24-F-22-0003

Bau-Turbo-Pakt des Bundes und der Länder für Wiesbaden nutzen
- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 06.03.2024 -

Protokollnotiz:

Stellv. Vorsitzende Andes-Müller betont, dass sich um einen Gesetzesentwurf handele. Sie schlägt vor, den Antrag als eingebracht zu betrachten und Neuigkeiten, bzw. das verabschiedete Gesetz abzuwarten.

Oberbürgermeister Mende bekräftigt die Aussagen und ergänzt, dass es ohnehin bereits erhebliche Kritik zu dem Gesetzesentwurf in den bisherigen Anhörungen gegeben habe, da dieser in das originäre, kommunale Planungsrecht eingreife.

Der Antrag gilt als **eingebracht** und soll bei Vorliegen neuer Sachverhalte erneut aufgerufen werden (einstimmig)

0018 24-F-10-0006

Baugenehmigung für City-Passage
- Antrag der AfD-Fraktion vom 06.03.2024 -

Protokollnotiz:

Stadtrat Kowol berichtet, dass seit September letzten Jahres ein vollständiger Bauantrag vorliege. Jüngst mussten jedoch noch einzelne Sachfragen, bspw. zum Brandschutz, Erschließung..., mit dem Bauherren erörtert werden.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Die Verwaltung rechne damit, bis zum Sommer 2024 eine Baugenehmigung zu erteilen.

Der Antrag ist **durch Aussprache erledigt** (einstimmig)

- Die Tagesordnungspunkte 7 und 8 werden gemeinsam beraten -

0019 24-F-63-0021

Für mehr Lebensqualität in der Innenstadt - Fernwärmeausbau in der Schwalbacher Straße nutzen

- Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und Volt vom 06.03.2024 -

Protokollnotiz:

Stv. Jacobs möchte der Verwaltung die Überlegung mit auf den Weg geben, ob anstelle des Mittelstreifens wieder eine große Grünfläche in Richtung Westend realisiert werden sollte, um eine klare Trennung von Urbanität und Wohngebiet zu schaffen.

Ferner bittet er um eine künftig frühzeitige Einbeziehung des Ausschusses in konkrete Planungen/Vorhaben, sodass noch vor Beschlussfassung der Ausführungsvorlage Anregungen von Seiten der Stadtverordneten mit in die Planungen einfließen können.

Vorsitzende Gabriel bekräftigt das praktizierte Verfahren und betont, dass stets versucht werde, Ideen aus den Ausschüssen zu übernehmen, bzw. die Implementierung zu prüfen.

Stv. Jacobs stellt die folgenden Ergänzungsanträge:

Der Magistrat wird gebeten,

1. In der nächsten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Bau am 21.05.2024 über den Verlauf der Planungen seit der Beschlussfassung in 2020 sowie über den aktuellen Sachstand zu berichten.
2. Zu prüfen, inwieweit die Entwürfe des Architekturbüros 3deluxe in die weiteren Planungsprozesse integriert werden können.

Stv. Schob beantragt daran anknüpfend, dass der Magistrat den Zeithorizont zum Ausbau der Fernwärmeversorgung in der Schwalbacher Straße mit in die Berichtserstattung in der nächsten Ausschusssitzung aufnehmen möge.

Bei Enthaltung der AfD **in ergänzter Fassung angenommen**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0020 24-F-69-0021

„Where WI live“-Konzepte weiterverfolgen
- Antrag der Fraktionen CDU, FDP, BLW/ULW/BIG vom 06.03.2024 -

Protokollnotiz:

Stv. Jacobs appelliert an den Ausschuss, Vorgänge betreffend die Entwürfe des Architekturbüros 3deluxe schwerpunktmäßig im hiesigen Ausschuss zu behandeln.

Stv. Weber und stellv. Vorsitzende Andes-Müller schlagen vor, die heutige Beschlussfassung des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit zur ähnlichen Thematik abzuwarten, bevor die Beschlusspunkte 1 und 2 beschlossen werden.

Ziffern 1 und 2 gelten als eingebracht und sollen nach Beschlussfassung des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit zum Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 06.03.2024 "Ideen für die Innenstadt - Engagement Raum geben" (24-F-63-0019) erneut in der nächsten Sitzung am 21.05.2024 aufgerufen werden.

Ziffer 3 gegen AfD angenommen

0021 **Verschiedenes**

Protokollnotiz:

Oberbürgermeister Mende verabschiedet Frau Elberfeld und Herr Becker aus dem Stadtplanungsamt.

Vorsitzende Gabriel bedankt sich für die stets gute Unterstützung und die Fachexpertise im Ausschuss und wünscht ihnen für den weiteren Lebensweg alles Gute.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Tagesordnung II

0022 23-F-69-0075

Sachstand öffentliche Flächennutzung Erbenheim
- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 11.10.2023 -
- Bericht des Dezernates I vom 13.02.2024 -

Einstimmig (**Kenntnisnahme**)

0023 24-V-20-0003

Investitionscontrolling Baumaßnahmen 2023 zum Stichtag 2. Januar 2024

Einstimmig

0024 24-V-51-0001

Sanierung und Erweiterung der AWO Kita Betty Coridass, Deckung des Mehrbedarfs 2023

Enthaltung FDP

0025 24-V-67-0001

Neugestaltung (Grünfläche) Elsässer Platz

Der Punkt wird auf Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt auf die Tagesordnung I umgesetzt. Hierzu liegt ebenso ein Begleitantrag vor.

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Begleit Antrag:

getrennte Abstimmung der Beschlusspunkte auf Antrag der FDP-Fraktion

Ziffer 1 - gegen FDP

Ziffer 2 - einstimmig

somit wird der Antrag in Gänze **angenommen**

Sitzungsvorlage:

einstimmig

0026 24-V-67-0002

Kinderspielplatz Herbert- und Reisinger-Anlagen

Der Punkt wird auf Antrag der CDU-Fraktion auf die Tagesordnung I umgesetzt.

Protokollnotiz:

Stv. Dr. Wittkowski bemerkt, dass sich der Beschluss Nr. 0099 des Ausschusses für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften vom 14.09.2023 nicht in der Sitzungsvorlage wiederfinde.

Darin heißt es, dass "der Magistrat [prüfen möge], ob die Kunstinstallation ("Der Speer des Riesen Ekko") am aktuellen Standort abgebaut und im Rahmen des Baus des Wasserspielplatzes an den Reisinger-Anlagen aufgebaut werden kann."

Herr Weidmann vom Grünflächenamt ist hierzu anwesend.

Er berichtet, dass man sich im Rahmen der Grundlagenermittlung für die Planungen des Spielplatzes mit dem Parkpflegewerk beschäftigt habe. Hierzu gab es Anregungen und Kommentierungen seitens des Gestaltungs- und Denkmalbeirates.

Der Beirat empfiehlt, dass man mit der denkmalgeschützten Anlage behutsam umgehen solle und bat um Vermeidung von Aufbauten, die die Blickbeziehungen vom Bahnhof in Richtung Innenstadt beeinträchtigen können.

Seite 10 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Bau am 12. März 2024

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Vor diesem Hintergrund und der Höhe des Speers (12 Meter) kam man im Rahmen der Prüfung zu dem Ergebnis, die Kunstinstallation nicht weiter in die Planungen zu integrieren.

Die Sitzungsvorlage wird bei Enthaltung von Stv. Prof. Bretzke **beschlossen**

Anlagen

Wiesbaden, .03.2024

Vorsitzende

Christa Gabriel

Schriftführerin

Gabriella Wenzel